

Leserbrief an Wienerzeitung, 14.10.2010

Der Bundespräsident ist gefordert

Ich möchte Bundespräsident Heinz Fischer auf folgende Problemfelder hinweisen, zu denen er bisher geschwiegen hat:

1. Die Abschiebung von Kindern ist gemäß den UN-Menschenrechtskonventionen untersagt. Diese Bestimmungen werden durch unsere Gesetze verletzt, von denen der Bundespräsident viele unterschrieben hat.

2. In unserer Verfassung ist ein gewisser Zeitrahmen für die Erstellung des Budgets und dessen Vorlage im Parlament vorgesehen. Gerade von der Regierung müsste man doch die Einhaltung von Verfassungsbestimmungen erwarten können. Die Regierung bricht beim Budget-Fahrplan jedoch mutwillig die Verfassung.

3. Die ÖBB erwirtschaften seit geraumer Zeit nur Verluste, so dass die Aufwendungen für den Semmering-Basistunnel und den Koralm-Tunnel letztlich vom Staat und somit von den Steuerzahlern getragen werden müssen. Aufgrund der angespannten finanziellen Lage Österreichs wird die Finanzierung dieser Projekte über 40 bis 50 Jahre angelegt, damit das jeweilige Jahresbudget so gering wie möglich belastet wird. Mit der Folge, dass unsere Kinder und Enkelkinder das Drei- bis Vierfache der Kosten zurückzahlen werden müssen, bei den leider schon üblichen Kostensteigerungen vielleicht auch das Fünffache.

Und dies auch nur, wenn Österreich sein AAA-Rating und die daraus folgenden niedrigen Kreditzinsen behalten kann. Setzt Österreich seine Verschuldung so ungehemmt fort, dann ist bald mit einem Down grade des Ratings und einer adäquaten Zinserhöhung zu rechnen – und Österreich wird sich in einer Reihe mit Griechenland finden.

Von der Regierung und besonders vom Vizekanzler und Finanzminister müsste man Verantwortung für Österreich erwarten können. Diese Regierung scheint dazu jedoch nicht willens. Sie, aber auch die Landesfürsten, scheinen nicht bereit, die notwendigen Reformen endlich umzusetzen. Nur über die Belastung der "Kleinen" werden sie sich wieder einigen.

Mag. Peter J. Derl per E-Mail